

„Leonberger Erklärung“

verabschiedet beim

50. Bezirksparteitag der CDU Nordwürttemberg

am 14.10.2017 in Leonberg

1 Leonberger Erklärung der CDU Nordwürttemberg

2
3
4 Bei der Bundestagswahl am 24. September wurde die CDU/CSU zwar wieder mit Abstand stärkste
5 Kraft und der Führungsanspruch der Union mit Bundeskanzlerin Angela Merkel konnte untermauert
6 werden. Trotzdem bedeuten 32,9% das schlechteste Ergebnis bei einer Bundestagswahl seit 1949
7 und mit der AfD ist eine Partei rechts von der Union in den Deutschen Bundestag eingezogen.

8
9 Diese Resultate bedeuten eine Zäsur. Aus baden-württembergischer und nordwürttembergischer
10 Sicht steht dem Erfolg, alle Wahlkreise direkt gewonnen zu haben, nach der Landtagswahl im
11 vergangenen Jahr erneut ein Verlust von 12% der Stimmen im Vergleich zur vorangegangenen Wahl
12 gegenüber.

13
14 Für die CDU muss es nun darum gehen, den konservativen Markenkern zu stärken, Vertrauen
15 zurückzugewinnen, Probleme zu lösen und sich für die Zukunft so aufzustellen, dass wir wieder mehr
16 Wähler überzeugen können. In der Regierungs- und Parlamentsarbeit muss die Union ihren Beitrag
17 dazu leisten, dass die AfD nicht dauerhaft dem Bundestag angehören wird.

18
19 Am Anfang muss eine ehrliche Analyse des Wahlergebnisses stehen. Die Flüchtlingskrise und deren
20 Folgen bereiten vielen Menschen in Deutschland nach wie vor große Sorgen. Diese sind ernst zu
21 nehmen! Zugleich zeigte sich im Wahlkampf, dass bereits erfolgte Schritte zur Bewältigung der
22 Flüchtlingskrise zu wenig bekannt sind.

23
24 Die CDU Nordwürttemberg erwartet von der Bundes-CDU eine Aufarbeitung des Wahlergebnisses,
25 um daraus Lehren für die zukünftige Politik zu ziehen. Insbesondere im Falle des Zustandekommens
26 einer Jamaika-Koalition wird es entscheidend darauf ankommen, ein erkennbares Profil zu
27 bewahren. Die Unterschiede zwischen den Koalitionspartnern müssen nicht nur deutlich werden,
28 sondern auch von der CDU deutlich benannt werden. Wenn sinnvolle Gesetzesvorhaben an einem
29 der Koalitionspartner scheitern, muss dies klarer als in der bisherigen Koalition kommuniziert
30 werden.

31
32 Zur Profilgewinnung tragen die Fraktions- und Parteiführung wie auch die Regierungsmitglieder
33 maßgeblich bei. Nicht zuletzt geht es jetzt darum, neue Führungspersönlichkeiten für kommende
34 Wahlen wahrnehmbar werden zu lassen. Dabei ist ein besonderes Augenmerk auf Frauen und
35 jüngere Menschen zu legen.

36
37 Die Erfahrungen der CDU Baden-Württemberg aus der grün-schwarzen Koalition können wichtige
38 Hinweise für eine Zusammenarbeit mit den Grünen auf Bundesebene geben. Harmonie um jeden
39 Preis wäre der falsche Weg. Die Koalitionspartner müssen Zuständigkeiten haben, bei denen sie ihre
40 Vorstellungen verwirklichen können. Besser klare Verantwortlichkeiten als der kleinste gemeinsame
41 Nenner in jedem Bereich. So gelingt die Profilerhaltung. Es spricht vieles dafür, dass die Union auch
42 auf Bundesebene die Verantwortung für eine konsequente Innenpolitik erhält. Innenpolitische
43 Fragen und die Bewältigung der Flüchtlingskrise sind die entscheidenden Themen, die vielen Wählern
44 bei der vergangenen Wahl Sorgen bereitet haben. Konsequente Lösungen in diesem Politikbereich
45 helfen am besten, abgewanderte Wähler und verlorengangenes Vertrauen zurückzugewinnen.

46
47 Die Überwindung der Großen Koalition bietet aber auch Chancen. So sollten sich in einer Jamaika-
48 Koalition Ansätze wie Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik, eine aktive Wirtschaftspolitik und eine
49 generationengerechte Sozialpolitik besser verwirklichen lassen als in einer Koalition mit den
50 Sozialdemokraten. Wenn sich die Partner auf einen reform- und innovationsfreundlichen Kurs
51 verständigen können, kann die Bilanz nach vier Jahren Koalition überraschend gut aussehen.

52

53 Konkret fordern wir die CDU auf, bei den Koalitionsverhandlungen folgende besonders für uns in
54 Nordwürttemberg wichtige Anliegen in den Mittelpunkt zu stellen:

55
56

57 1. Europa als Chance begreifen

58

59 Schuldenkrise, Flüchtlingskrise, Brexit – im 60. Jahr des Bestehens der Europäischen Union sind die
60 Krisen der vergangenen Jahre noch immer präsent. Trotz aller populistischen Strömungen in vielen
61 europäischen Ländern haben nicht zuletzt die Wahlen in Frankreich und Deutschland stabile
62 proeuropäische Mehrheiten gebracht. Diese Chance gilt es jetzt zu nutzen. Für ein Europa, das sich
63 nicht um alles, aber um das Richtige kümmert: den Schutz unserer Außengrenzen, eine stabile
64 Währung und ein gesundes Wirtschaftswachstum, das den Menschen auf dem ganzen Kontinent
65 Perspektiven bietet. Die Anstöße des französischen Präsidenten Emmanuel Macron begrüßen wir, sie
66 sollten den Auftakt für eine deutsch-französische Europaoffensive bilden. In der Umsetzung wird es
67 vor allem darauf ankommen, realpolitisches Maß zu zeigen und beispielsweise weitere Behörden und
68 zusätzliche Bürokratie ebenso zu vermeiden wie teure Umverteilungsprogramme und eine
69 Vergemeinschaftung von Schulden.

70

71 2. Raum für Ideen lassen

72

73 Die CDU Nordwürttemberg bekennt sich zu einem wettbewerbsorientierten Föderalismus. In der
74 Debatte um die besten Ideen für die Probleme von morgen muss Raum für regionale Lösungen
75 bleiben. Die Länder und Kommunen als bürger- und problemnähere Ebenen müssen gestärkt und
76 nicht um den Preis unflexibler Einheitslösungen geschwächt werden. Die weitere Rückabwicklung der
77 nicht zuletzt unter Ministerpräsident Günther Oettinger erreichten Föderalismusreform lehnen wir
78 daher ab.

79

80 3. Bildungsföderalismus erhalten

81

82 Die Bildung an unseren Schulen wird nicht automatisch besser, wenn der Bund mehr Kompetenzen
83 erhält. Sie wird auch nicht automatisch durch mehr Geld besser. Baden-Württemberg profitiert vom
84 Bildungsföderalismus und setzt seit 2016 mit unserer Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann wieder
85 bundesweit Maßstäbe für eine sinnvolle Weiterentwicklung des Schulsystems. Wir fordern die CDU
86 auf, den Bildungsföderalismus zu erhalten. Eine bessere Vergleichbarkeit der Abschlüsse kann auch
87 ohne Kompetenzerweiterung des Bundes in der Bildungspolitik erreicht werden. Von
88 Haushaltsmitteln des Bundes für Schulen müssen alle Bundesländer gleichermaßen profitieren
89 können. Es ist nicht zielführend, Kommunen in anderen Bundesländern, die schlecht gewirtschaftet
90 haben oder von ihren Landesregierungen finanziell im Stich gelassen wurden, nun mit Bundesmitteln
91 besserzustellen.

92

93 4. Ländliche Räume stärken

94 Der Ländliche Raum ist neben den Ballungszentren das Rückgrat unseres Landes. Deshalb treten wir
95 auch künftig für eine gleichmäßige Förderung von Stadt und Land ein. Die neue Bundesregierung
96 muss die Herausforderungen der Ländlichen Räume wie Landarztmangel, schlechte Infrastruktur und
97 Mangel an schnellem Internet angehen und gemeinsam mit den Ländern adäquate Lösungen finden.
98 Nur so kann ein weiterer Wegzug gerade der jungen Generation in die großen Städte verhindert
99 werden. Nur so werden auch künftig mittelständische Unternehmen im Ländlichen Raum
100 investieren.

101 5. Landwirtschaft fördern

102 Neben einem erfolgreichen Mittelstand sind es vor allem die Landwirtschaft, die Forstwirtschaft und
103 Ernährungswirtschaft, die den Ländlichen Raum tragen. Sie tragen maßgeblich zur Wertschöpfung,
104 aber auch zur Lebensqualität, zum Erhalt unserer Kulturlandschaft und deren Pflege bei. Die
105 Bundesregierung muss auch künftig für den Erhalt unserer bäuerlichen, familiengeführten
106 Landwirtschaft kämpfen. Landwirtschaft muss in Deutschland eine Zukunft haben. Dazu braucht es
107 einen Abbau unnötiger Bürokratie, eine Unterstützung der Produktion hochwertiger Lebensmittel
108 und ein klares Bekenntnis zu jeder Form von Landwirtschaft, egal ob biologisch oder konventionell.
109 Landwirtschaftspolitik im Bund sollte in der Zuständigkeit der Union bleiben.

110 6. Keine Freiheit ohne Sicherheit

111
112 Ohne Sicherheit ist unser freies Leben nicht möglich. Land und Bund haben die Anzahl der
113 Personalstellen der Polizei deutlich erhöht. CDU und CSU haben in ihrem Regierungsprogramm
114 zudem die Schaffung weiterer Polizeistellen angekündigt. Diese Ankündigung sollte nun umgesetzt
115 werden. Es gilt aber auch, die gesetzlichen Grundlagen der Lebenswirklichkeit und den technischen
116 Entwicklungen anzupassen. Baden-Württemberg geht unter unserem Innenminister Thomas Strobl
117 mit der Einführung der Bodycams mit Pre-Recording, der Verhinderung der Kennzeichnungspflicht,
118 Ermöglichung von intelligenter Videoüberwachung, Quellen- sowie Präventiver Telefonüberwachung,
119 dem Einsatz von Fußfesseln bei Gefährdern und weiteren Maßnahmen im Ländervergleich
120 entscheidend voraus. Die CDU Nordwürttemberg begrüßt die Überlegungen zur Erstellung eines
121 Musterpolizeigesetzes für die Länder ausdrücklich. Dieses muss sich allerdings zwingend an den
122 Polizeigesetzen von Baden-Württemberg und Bayern und nicht an links regierten Bundesländern
123 orientieren. Hierin ist dann auch die Online-Durchsuchung sowie die Vorratsdatenspeicherung
124 aufzunehmen – welche die Grünen in Baden-Württemberg verhindert haben.

125 126 7. Zuwanderung und Integration nach klaren Regeln und entsprechend der Leistungsfähigkeit 127 unseres Landes

128
129 Die CDU Nordwürttemberg begrüßt die Verständigung zwischen CDU und CSU auf eine gemeinsame
130 Linie in der Flüchtlingspolitik, die nun in Koalitionsverhandlungen durchgesetzt werden soll. Hierzu
131 gehört das Bekenntnis zum Recht auf Asyl und die Einigung auf ein Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz
132 genauso wie die Vereinbarung die Anstrengungen fortzusetzen, die Zahl der nach Deutschland und
133 Europa flüchtenden Menschen nachhaltig und auf Dauer zu reduzieren. Die Gesamtzahl der
134 Aufnahmen aus humanitären Gründen soll die Zahl von 200.000 im Jahr nicht mehr übersteigen. In
135 einem Koalitionsvertrag sollte insbesondere die Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär
136 Geschützte und die Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten festgehalten werden. Bei der
137 Abschiebung von Ausreisepflichtigen müssen sich die Koalitionspartner auf Maßnahmen
138 verständigen, die zu einer deutlichen Steigerung der Rückführungen und der freiwilligen Ausreisen
139 führen. Das Ausländergesetz ist so zu ändern, dass bei der Verurteilung von Straftaten über einem
140 Jahr ein besonderes Ausweisungsinteresse angenommen und die Person auch tatsächlich
141 ausgewiesen bzw. umgehend abgeschoben wird. Die Gründe für einen weiteren Aufenthalt trotz der
142 Begehung von schweren Straftaten im Aufenthaltsgesetz sind auf ein Minimum zu reduzieren.
143 Asylverfahren sind zwingend zu beenden, wenn falsche Angaben gemacht wurden oder Anträge
144 mehrfach gestellt wurden. Dasselbe gilt bei einer Rückreise in das Heimatland, von dem nach dem
145 Asylantrag eine Verfolgung droht oder bei einer Ausreise von lediglich geduldeten Menschen.

146 147 8. Mittelstand stärken, Innovationen fördern, Digitalisierung vorantreiben

148
149 Kompromisse aus der Zeit der Großen Koalition wie Arbeitszeitregelungen im Zusammenhang mit
150 dem Mindestlohn haben zu zusätzlicher Bürokratie und Belastungen für Gastronomie, Landwirtschaft
151 und andere Gewerbetreibende geführt. Die CDU Nordwürttemberg erwartet von einer
152 Bundesregierung ohne SPD-Beteiligung, dass sie bestehende Hemmnisse für den Mittelstand auf den

153 Prüfstand stellt. In einer zukünftigen Koalition muss die CDU/CSU aus ihrem Verständnis als
154 Volkspartei heraus ebenfalls die Interessen der Arbeitnehmerschaft vertreten.
155 Zur Erreichung unseres Ziels der Vollbeschäftigung bis 2025 muss es gelingen, Arbeitsplätze zu
156 erhalten und neue zu schaffen. Dazu benötigt unser Land Innovationsfreundlichkeit und den Abbau
157 bestehender Hemmnisse. Wichtigste Voraussetzung für einen gelingenden digitalen Wandel bleibt
158 die flächendeckende Breitbandversorgung. Die CDU Nordwürttemberg fordert, dass bei den
159 Koalitionsverhandlungen in Berlin darauf geachtet wird, das Förderprogramm des Bundes zum
160 Breitbandausbau besser auf das entsprechende Landesförderprogramm abzustimmen. Denn was wir
161 brauchen, ist Breitbandausbau aus einem Guss. Dabei machen wir uns als CDU Nordwürttemberg
162 dafür stark, dass beim Breitbandausbau Glasfaserleitungen Vorrang vor kupferbasierten Lösungen
163 bekommen.

164

165 9. Mobilität fördern und nicht verhindern

166

167 In der grün-schwarzen Koalition in Baden-Württemberg werden die Unterschiede in der
168 Verkehrspolitik zwischen CDU und Grünen immer wieder deutlich. Gemeinsame Überzeugungen gibt
169 es aber auch – beispielsweise bei der Förderung der Elektromobilität oder des automatisierten
170 Fahrens. Wir erwarten von der zukünftigen Bundesregierung, dass sie die Automobil- und
171 Mobilitätswirtschaft stärkt. Der Wandel vom Verbrennungsmotor hin zu alternativen Antriebsformen
172 wie Elektromobilität oder Brennstoffzellentechnologie kann uns nicht nur ökologische, sondern auch
173 ökonomische Standortvorteile bringen.

174 Die CDU muss auch auf Bundesebene die Anliegen derjenigen Autofahrer vertreten, die sich nicht
175 einfach ein neues Auto kaufen können und trotzdem auf ihre Individualmobilität angewiesen sind.
176 Auch die Interessen von Handwerkern und Landwirten müssen bei Konzepten zur Erreichung der
177 Luftreinhaltziele berücksichtigt werden. Die CDU spricht sich klar gegen Fahrverbote aus. Weitere
178 Tempolimits sind angesichts der technologischen Entwicklungen bei der Telematik und dem
179 automatisierten Fahren Lösungsansätze aus der Vergangenheit, gegen die sich die CDU verwahren
180 muss. Der Bund muss auch in Zukunft seinen Beitrag zur Entwicklung und Finanzierung der
181 Infrastruktur auf der Straße, der Schiene und der Wasserstraße leisten. Wir erwarten von der neuen
182 Bundesregierung die Umsetzung des Bundesverkehrswegeplans mit allen wichtigen Bauprojekten in
183 Nordwürttemberg sowie weitere Unterstützung für die Fertigstellung des Bahnprojekts Stuttgart-
184 Ulm. Die Landesregierung muss die Bauplanung dafür sicherstellen. Des Weiteren müssen die
185 Projekte Filderauffahrt und Stuttgarter Nordumfahrung vorgebracht werden.

186

187 10. Wohnungsbau und Unterstützung für Familien

188

189 Im Regierungsprogramm der Union ist als einer der Schwerpunkte mehr Unterstützung für Familien
190 benannt. Diesen Ansatz unterstützen wir. In unserer Region wird besonders deutlich, dass Familien
191 auch bei der Wohnungssuche und dem Eigentumserwerb gezielt unterstützt werden müssen. Die
192 hohe Lebensqualität, vielfältige Freizeitmöglichkeiten und das Angebot an qualifizierten
193 Arbeitsplätzen machen den Regierungsbezirk Stuttgart attraktiv. Angesichts dessen ist mit weiterem
194 Zuzug zu rechnen. Soll das Wohnen in unseren Ballungszentren nicht für weite Teile der Bevölkerung
195 unerschwinglich werden – mit negativen Folgen für die Attraktivität des Standorts – bedarf es daher
196 deutlich mehr Anstrengungen als bisher. Dabei stehen alle Ebenen – angefangen von den Kommunen
197 bis hin zum Bund – gleichermaßen in der Verantwortung. Bestehende Bauvorschriften des Landes
198 und des Bundes bedürfen einer konsequenten Überprüfung und Verschlankung. Zudem soll die
199 Grunderwerbssteuer keineswegs weiter erhöht, sondern wieder auf 3,5 % gesenkt werden. Darüber
200 hinaus unterstützen wir die Einführung eines sogenannten Baukindergeldes.